



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

1/V/20

24. Januar 1950

Illusionen unter Ostvertriebenen

-nn. Zu einer Zeit, da, wie Flüchtlinge aus der Tschechoslowakei bestätigen, das Regime Gottwald die Prophezeiung Benesch's verwirklichen lässt, zu dieser Zeit entsteht ein merkwürdiges Gerücht: die Tschechen seien unter russischem Druck endlich zu der Ansicht gekommen, dass sie ohne die Sudetendeutschen doch nicht zu recht kämen. Die Zeit der Rücksiedlung der Sudetendeutschen sei also da.

Jedes Gerücht hat eine Keimzelle. Mag sein, dass in jenem bereits sagenhaften Artikel der Moskauer "Prawda", in dem den Tschechen derart unangenehme Dinge gesagt wurden, der tschechische Chauvinismus gerügt werden sollte; für die Vertriebenen besteht kein Grund, von einer Schwenkung der russischen Einstellung zu dieser Frage zu sprechen.

Zugegeben: die Russen denken in Dingen der Wirtschaft nüchterner als die Tschechen. Dass sie von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Tschechen enttäuscht sind, kann man sich vorstellen. Ihnen wäre die sudetendeutsche Arbeitskraft ohne Zweifel willkommen. Man könnte ferner auf diese Weise Ostdeutschland entlasten; eine Geste, die zumindest einen Mitspieler befriedigt. Über das Schicksal der solcherart Zurückgesiedelten brauchte man sich weiter keine Sorgen zu machen, man würde über sie dekretieren, wie man es seit 1918 getan hat. Sie sind nicht gefragt worden, als sie der Tschechoslowakei einverleibt wurden, sie sind bei der Münchner Konferenz nicht gefragt worden, bei der die Tschechen immerhin im Vorzimmer sitzen durften, und sie sind auch nicht in Potsdam gefragt worden.

Es gibt konkrete Fälle von Rücksiedlung. Sie scheinen auch die Grundlagen für die Gerüchte zu bilden. Fall Nummer eins: ein Sudetendeutscher, mit einer Tschechin verheiratet, politisch unbelastet, befindet sich seit 1946 in Westdeutschland. Die Frau hat die Habe

bis 1949 zusammengehalten, ihre ganze Familie garantiert für das deutsche schwarze Schaf. Nach vierjährigen Bemühungen hat es die Frau endlich geschafft: der Mann darf zurückkehren. Natürlich darf er seinen alten Posten nicht mehr annehmen, sondern muss als Arbeiter ins Bergwerk gehen. Der Mann hat verzichtet. Vor allem deshalb, weil er nicht in seiner Heimat zurückkehren darf, sondern in die innerböhmische Heimatstadt seiner Frau...

Fall zwei: eine Rumäniendeutsche, die beim Rückzug der deutschen Truppen mitevakuiert wurde, während sich ihr Mann bei der Wehrmacht befand, wurde nach Österreich verschlagen. Sie lebt dort schlecht und recht. Dem Mann ist es inzwischen gelungen, in der alten Heimat wieder Fuss zu fassen. Jahrelang berichtet er von seinen Sorgen und warnt vor der Heimkehr. In seinem Weihnachtsbrief spricht er die bestimmte Hoffnung auf ein Wiedersehen aus. Der Brief macht unter den Landsleuten die Runde. Man glaubt diese Menschen, die von jedem Hoffnungsschimmer beglückt sind, die Stunde der Heimkehr für alle habe geschlagen.

Aus der deutschen Ostzone wird berichtet, dass dort tatsächlich für eine Rücksiedlung der Sudetendeutschen geworben wird. Man verspricht den Vertriebenen Wohnung und Arbeit. Es hat aber keiner von ihnen seine Wohnung wiederbekommen und keiner ist in seinen früheren Beruf zurückgekehrt. Wohl aber sind etliche wieder ins Exil geflüchtet, weil sie nicht ein Sklavendasein führen wollten.

Manchen Volksdeutschen aus Ungarn oder Rumänien ist die abenteuerliche Rückkehr in die alte Heimat geglückt. Dass sie dort bleiben durften, verdanken sie einer von Moskau dirigierten Einstellung des Gastlandes gegenüber dem Deutschen-Problem, die sich von der Einstellung der Tschechen unterscheidet, sich aber sofort ändert, sobald das "Zurücksickern" von Ausgesiedelten grössere Formen annimmt. So hat Ungarn bereits strenge Bestrafung solcher Rücksiedler angekündigt.

Wer glaubt etwa, dass die Tschechen den Raub von 1945 freiwillig preisgeben? Und wer glaubt an die baldige Heimkehr in sein Haus, von dem er nicht weiss, ob es gerade jetzt dem Erdboden gleichgemacht wurde? Solange das intolerante bolschewistische System besteht, bei den Tschechen ausserdem ins Extrem-Chauvinistische übertragen, solange also das eine System ein anderes System und Volk neben sich nicht duldet, solange ist eine Rückkehr in die frühere Heimat nur eine Fahrt in die Sklaverei. Erst wenn die Freiheit der Person und damit die Freiheit der ganzen Volksgruppe garantiert ist, kann an eine Rückkehr gedacht werden. Sie ist ein unausgesprochenes Bestandteil der grossen internationalen Politik, des Gegensatzes zwischen Ost und West. Solange dieser Gegensatz besteht, ist jeder Gedanke an eine geordnete Rückkehr illusionär.

Prüfstein Spanien

sp. Historisch-geographisch ist Spanien ein Eckpfeiler Europas. Durch den neuesten amerikanischen Vorstoss in Richtung auf eine Änderung der Spanien-Politik der westlichen Demokratien ist es gleichzeitig zum Prüfstein für den Ernst des demokratischen Bekenntnisses zu politischer und persönlicher Freiheit geworden. Strategische Erwägungen haben bei der Bewertung der spanischen Frage in den letzten Jahren eine zunehmend wichtige Rolle gespielt, und zwar im Mass der wachsenden russischen Bedrohung Europas. Hier scheint ein echter Konflikt zwischen einer realen Zweckmässigkeit und einem ideellen Prinzip vorzuliegen, dessen klare Konturen freilich vielfach auch durch kommerzielle Überlegungen unschön verwischt werden.

In allen Lagern der Linken wird diese Entwicklung tief bedauert. Man erinnert sich in ihnen der Vergangenheit allzu deutlich: Terror war und ist die Grundlage des Franco-Regimes. Der spanische Bürgerkrieg war die Generalprobe dessen, was kam. Die beiden grossen Diktaturen des Faschismus gingen unter, die dritte blieb bis auf den heutigen Tag. Die Strafanstalten blieben mit politischen Häftlingen gefüllt, deren Zahl gegenüber der Zeit vor fünf und mehr Jahren zwar abgesunken ist, aber noch immer nach sicheren Angaben weit über 100.000 beträgt. Das Regime ruht auf dem Heer der Polizei, der politischen Organisation und einem hörigen Beamtentum. Korruption und Volksbetrug, Ausbeutung der Schwachen herrschen so, wie es überall in Diktaturen ist, ohne dass man an Ort und Stelle darüber sprechen und sich dagegen wehren kann.

Alles das hat man in der westlichen Welt sehr genau gesehen, als die Erinnerung an die Lebensformen des Faschismus noch relativ frisch war. Am 12. Dezember 1946 wurde die folgende Entschliessung der UNO mit 34 zu 6 Stimmen bei 13 Enthaltungen angenommen:

"Die Vollversammlung ist davon überzeugt, dass das faschistische Franco-Regime in Spanien... nicht das spanische Volk repräsentiert. Das Franco-Regime macht durch seine weitere Herrschaft über Spanien die Beteiligung des spanischen Volkes an internationaler Zusammenarbeit unmöglich. Der Sicherheitsrat wird aufgefordert, die geeigneten Massnahmen zu erwägen für den Fall, dass in angemessener Zeit keine Regierung eingesetzt wird, die ihre Macht von der Zustimmung der Regierten ableitet und die sich verpflichtet, Rede-, Religions- und Versammlungsfreiheit sowie die Abhaltung freier Wahlen zu garantieren, in denen das spanische Volk ohne Furcht und Bedrohung und ohne

Unterschied der Person seinen Willen ausdrücken kann".

Auch die USA und England stimmten zunächst zu.

Die Zeit seitdem war ein fortgesetzter langsamer Rückzug von diesem anständigen Beschluss. Am 16. Mai 1949 wurde der UNO-Vollversammlung dann eine Resolution zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Franco-Spanien und den Mitgliedern der Vereinten Nationen vorgelegt. Dahinter standen die USA. Die Abstimmung ergab 26 für, 15 gegen den Vorschlag bei 16 Enthaltungen. Die notwendige 2/3 Mehrheit wurde nicht erreicht. Grossbritannien und die USA enthielten sich der Stimme. Inzwischen hat sich der Wind in den USA vollends gedreht. Alles ist für Franco nur noch eine Frage der Zeit, genauer gesagt eines halben Jahres bis zur offiziellen nächsten UNO-Tagung. Dann wird das Ergebnis vom Mai 1949 höchstwahrscheinlich eine neue, und zwar die für Franco entscheidende Korrektur bringen. Vielleicht kommt das Arrangement auch früher zustande, wenn eine vorzeitige Tagung stattfinden sollte.

Es kann hier nicht entschieden werden, ob die strategischen Notwendigkeiten im Rahmen der westeuropäischen Verteidigung zwingend sind, mit Spanien in ein neues Verhältnis zu kommen. Mit Sicherheit weiss man nur, dass für Spanien zwingende wirtschaftliche Gründe bestehen, diesen neuen Modus anzustreben. Wenn man sich jetzt in den USA mit Eifer bemüht, eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen und die Gewährung von Krediten an Madrid nicht als einen Wandel in der grundsätzlichen Einstellung zum Franco-Regime erscheinen zu lassen, so ist das wenig überzeugend. Die bestimmende Rolle der USA bei der Verteidigung Westeuropas und der Umfang der amerikanischen Hilfe für diesen Teil des Kontinents geben Washington freilich ein Recht, auch Beschlüsse in einer Frage wie der spanischen weitgehend nach eigenem Gutdünken zu fassen, zumal das State-Department den Weg über die UNO gehen will. Aber die Völker, die selbst durch das Fegefeuer einer Diktatur gegangen sind, haben ihrerseits einen Anspruch darauf, mit ihren Warnungen gehört zu werden. Sie weisen auf den ungeheuren psychologischen Schaden hin, den ein so offenkundiges Abgehen von feierlich proklamierten Grundsätzen anrichten muss.

(t/1/241/hs)

Die Presse ist schuld...

sp. Minister werden ist nicht schwer, Minister sein dagegen sehr. Das erste beweist die DP, die bei 17 Bundestagsmandaten zu zwei Kabinettsitzen kam, das zweite die FDP, die aus Koalitionsgründen in das Dilemma einer europafreundlichen und nachbarschaftlichen Aussenpolitik einerseits und einer scharfen nationalistischen Konkurrenz von rechts andererseits gerät. Die DP hat mit ihrem Abgeordneten Hedler bereits Ballast abgeworfen, die FDP glaubt, davon noch einiges aufnehmen zu können.

Der FDP-Minister Dehler hat auf einer Parteikundgebung in Hamburg mit einigen massiven Unfreundlichkeiten dem Bundeskanzler zartes französisches Porzellan zerschlagen. Als die Franzosen darauf ebenso unfreundlich reagierten, schob Minister Dehler das ganze Malheur auf die falsche Wiedergabe seiner Äusserungen durch die Presse. Die Methode, für das rasch ausgesprochene Wort die Presse verantwortlich zu machen, ist nicht neu, bedenklich ist sie, wenn sie auch von einem Minister geübt wird. Freilich hat sich Minister Dehler in diesem Fall nur an ein grösseres Vorbild in Bonn gehalten. Es ist gewiss nicht alles Gold, was heute in der Presse glänzt, es scheint aber, als ob Minister Dehler diese Tatsache etwas zu stark ausnute, stärker jedenfalls, als seinem Ruf als Politiker und Minister zuträglich ist. Auch oder gerade Minister müssen lernen, ihre Worte auf die Goldwaage zu legen. Sonst könnte es leicht geschehen, dass eines unschönen Tages Vizekanzler Blücher mit dem Stuhl in der Ruhrbehörde zusammenkracht, den ihm sein Parteifreund Dehler in Hamburg ausgehöhlt hat. (m/2/241/hs)

: : : :

Verfassungsdiskussion. (sp.) Massgebende Politiker der rheinisch-westfälischen SPD werden zum Wochenende die Schulparagraphen der neuen Verfassung von Nordrhein-Westfalen diskutieren.

+

Kulturpolitische Tagung. (sp.) Der Kulturpolitische Ausschuss der SPD tagt am 11. und 12. Februar in Bonn. Vorgesehen sind u.a. ein Vortrag von Prof. Carlo Schmid über das Schund- und Schmutzgesetz und ein Referat von Arno Hennig über die Lage des deutschen Theaters.

+

SPD-Bezirksparteitage mit Dr. Schumacher. (sp.) Dr. Kurt Schumacher wird in den nächsten Wochen auf verschiedenen Bezirksparteitagen und anderen Grosskundgebungen der SPD sprechen. Am 7.2. in Köln, am 4. und 5.3. in Neuss auf dem Parteitag der SPD Niederrhein. Vom 24. bis 26.3. spricht Dr. Schumacher auf Betriebskundgebungen in Berlin, ferner am 22. und 23.4. auf dem Parteitag von Hannover-Süd, am 15. und 16.4. auf dem Parteitag des SPD-Bezirkes Weser-Ems in Oldenburg. Erich Ollenauer spricht am 4. und 5.3. auf dem Parteitag der SPD Südbayern in Penzberg (Oberbayern).

: : : :